

Montag, 27. März, guten Morgen.

In Deutschland geht heute im öffentlichen Verkehr gar nichts.

Die Gewerkschaften haben zu einem Bahnstreik aufgerufen und das hat auch Auswirkungen auf Österreich.

In Israel sorgte die umstrittene Justizreformen weiter für Turbulenzen.

Regierungschef Netanyahu hat den Verteidigungsminister entlassen, daraufhin hat es wieder landesweite

Proteste gegeben.

69 Männer und vier Frauen haben sich um den SBE-Vorsitz beworben.

Das Parteipräsidium will heute entscheiden, wie man jetzt weiter vorgehen soll.

Wohnkostenhilfe statt Mietspiegel, Bremse, das war der viel kritisierte Kompromiss, den die Koalitionspartner ÖVP und Grüne zustande gebracht haben.

Und Kritik daran kommt jetzt auch vom Vorarlberger Landeshauptmann Markus Wallner von der ÖVP.

Und eine internationale Gaskonferenz in Wien bekommt heuer ungewohnt viel Aufmerksamkeit, Umweltschützer und Wissenschaftler nehmen sie zum Anlass, um den fossilen Brennstoff Erdgas als umweltschädlich zu kritisieren.

Die Wetteraussichten hat Grunderschüler.

Der Winter meldet sich für zwei Tage zurück, besonders die Nordalpen bekommen Schnee und die nächsten Nächte können frostig werden.

Von Süden streift uns jetzt noch ein Tief und von Nordwesten drückt es eine Kaltfront herein.

Die Schneefallgrenze wird auf 800 bis 300 Meter sinken.

Von Vorarlberg bis zu den niederösterreichischen Voralpen regnet und schneidet es immer wieder.

Entlang und nördlich der Donau und im Süden Österreichs v.a. in den nächsten Stunden dichtere Wolken und ein paar Schauer, am Nachmittag aber dann auch Sonnenfenster.

Allerdings starker bestürmischer Nordwestwind heute.

So von den hohen Trauern über den Norden der Steiermark bis in südliche Niederösterreich und bis ins Mittelburgenland Sturmböen um 100 Kilometer pro Stunde.

Die Höchstwerte meist 1 bis 10 im Süden vereinzelt bis zu 13 Grad.

Momentan in Wien 5 bis 8 Grad, Eisenstadt 8, St. Pölten 6, auch Linz 6 Grad, Salzburg 5, Innsbruck 4, Bregenz 6 Grad, Grad 7 und Klagenfurt 4 Grad.

Der größte Streiktag in Deutschland seit 30 Jahren zeigt heute seine Wirkung.

Seit Mitternacht stehen Züge, Stille, aber auch Busse, Schiffe und Flugzeuge.

Die Gewerkschaften wollen damit den Druck in den Lohnverhandlungen erhöhen.

Und das sorgt nicht nur in Deutschland für große Probleme im öffentlichen Verkehr, auch Österreich ist betroffen.

Hören Sie mehr von Manuel Marold.

Vom Streik sind vor allem jene Züge betroffen, die normalerweise über das Deutsche Eck fahren.

Sie enden in Salzburg beziehungsweise Kufstein, über Besprecher Klaus Baumgartner.

Es gibt einen Pendelverkehr, sprich, wir können mit Zügen in Österreich diese Strecke überbrücken und haben auch China-Nachsatzverkehrs-Busse eingeführt.

Das Ganze bedeutet aber für die Verkehrsteilnehmerinnen und Verkehrsteilnehmer eine Verlängerung der Fahrtzeit von bis zu 3 Stunden.

Auch auf den Nahverkehr in Oberösterreich, Salzburg, Tirol und Voralberg hat der Streik Auswirkungen.

Auch hier gibt es Schienenersatzkonzepte für den grenzüberschreitenden Verkehr.

Der Schienenersatzverkehr sei in den frühen Morgenstunden wie geplant aufgenommen worden, so Baumgartner.

Betroffen vom Streik sind zudem noch bis morgen Nachtzüge.

Reisenden empfiehlt ÖBB-Sprecher Baumgartner.

Am besten informiert man sich bei unserer Kapps-Karte oder auf oebb.at oder auf unserer Service-Telefonnummer unter 05.1717.

Auch Flugpassagieren wird geraten, sich bei Airline oder Reiseveranstalter über den Status des gebuchten Fluges zu informieren.

Denn ein Großteil der Flugverbindungen mit dem Nachbarland Deutschland fällt heute aus.

So werden am Flughafen Wien etwa alle Flüge von und nach München, Frankfurt, Nürnberg und Stuttgart gestrichen.

Laut Ostrhein-Ehrlein sind 65 Verbindungen betroffen.

Auch Flüge von und zu den Bundesländerflughäfen fallen aus.

So wurden am Flughafen Graz bereits gestern zwei Deutschlandverbindungen gestrichen.

Heute werden es noch mehr sein, sagt Jürgen Löschnik, Geschäftsführer des Grazer Flughafens.

Am Montag wird alles von und nach München bzw. Frankfurt storniert werden, plus Düsseldorf und Stuttgart.

Also insgesamt werden es 16 Flüge sein, Sonntag und Montag, die ausfallen, mit ca. 1200 Passagierende betroffen sein werden.

Nicht vom Streikbetroffen sind übrigens Flüge von und nach Berlin und Leipzig.

Grund für den Ausstand im gesamten deutschen Verkehrssektor sind stockende Tarifverhandlungen für die Beschäftigten von Bund und Kommunen,

sowie Eisenbahner. Ob noch weitere Streiktage bevorstehen, ist derzeit unklar.

Und am Hauptbahnhof von Salzburg bin ich jetzt mit Katharina Schaber verbunden. Guten Morgen. Guten Morgen.

Frau Schaber, wie ist denn die Situation ganz aktuell am Bahnhof in Salzburg?

Von Chaos ist ja derzeit keine Spur.

Viele haben ja anfangs befürchtet, dass der Salzburger Hauptbahnhof zum Sammelbecken für gestrandete, zugreisende wird.

Das ist aber momentan nicht der Fall.

Weil es ja so ist, dass der Salzburger Hauptbahnhof quasi Endstation für alle ist, die eigentlich übers deutsche Eck reisen wollten.

Das heißt offenbar haben die meisten Menschen mitbekommen, dass sie heute besser auf eine Fahrt mit dem Zug verzichten.

Die Information hat also ganz gut geklappt.

Es schaut fast so aus, ja es wird auch jetzt hier laufend durchgesagt am Bahnhofsareal, auch in den Zügen.

Die ÖBB haben hier in Salzburg auch ein eigenes Info-Team zusammengestellt.

Also gut zehn Leute, die hier zusätzlich die Reisenden auf den Bahnsteigen informieren.

Was können denn jene Passagiere tun, die trotz des Streiks in Deutschland zum Beispiel nach Tirol oder Vorarlberg weiter müssen?

Oder die auch zum Beispiel nach Deutschland fahren müssen?

Genau, das sind also etwa die Pendler, die in Richtung Freilassing Pendler sind, in etwa 2000 Menschen.

Und die werden hier bis zu einem der letzten Bahnhöfen vor der Grenze, das ist Salzburg-Taxan, bzw. Lieferin gebracht und von dort aus dann per Bus in Richtung Arbeit geschattelt.

Was die Reisenden betrifft, die nach Tirol reisen, da ist ebenfalls ein schöner Ersatzverkehr eingerichtet.

Allerdings fährt es ja nur im zwei Stunden Tag. Das heißt es dauert heute also wesentlich länger. Das heißt man muss mit großen Verzögerungen rechnen.

Heute der Streik in Deutschland ist vorerst nur für heute geplant.

Und wie schnell kann denn der Zugverkehr wieder anlaufen, wenn dann der Streik einmal beendet ist?

Das ist die große Frage von den ÖBB jedenfalls.

Das heißt, dass er relativ rasch dann wieder anlaufen sollte, dass dann gleich sobald der Streik in Deutschland beendet ist,

dass die Züge dann wieder nach Plan fahren.

Allerdings heißt es auch, dass man natürlich im Laufe der frühen Morgenstunden und im Laufe des Vormittags

mit Verspätungen, Rennen und Verzögerungen rechnen muss.

Der Verzögerungsschraubverkehr vor allem heißt, der soll dann gleich wieder anlaufen und im Takt fahren.

Katharina Schaber war das direkt vom Hauptbahnhof in Salzburg.

Vielen Dank für diese Informationen zum heutigen Streiktag.

Vielen Dank.

Der Krieg in der Ukraine war von Anfang an begleitet von der Sorge, es könnte irgendwann zum Einsatz von Atomwaffen kommen.

Und diese atomare Bedrohung bringt der russische Präsident Vladimir Putin auch jetzt wieder ins Spiel.

Er kündigt Atomwaffen, im benachbarten Belarus zu stationieren.

Beobachter Kind davon aus, dass er damit von Misserfolgen an der Front in der Ukraine ablenken will,

berichtet Markus Müller.

Gefährlich und verantwortungslos.

Das sind einige Direktionen auf die Ankündigung des russischen Präsidenten Vladimir Putin, Atomwaffen auf dem Gebiet seines Verbündeten Belarus zu stationieren.

Der dortige Präsident Alexander Lukaschenko habe schon lange doch im Gebieten, sagte Putin am Samstagabend im staatlichen Fernsehen,

und Russland würde nur das tun, was auch die USA schon seit Jahrzehnten tun würden.

Auch die USA hätten taktische Atomwaffen auf den Territorien ihrer europäischen NATO-Verbündeten stationiert.

Die ersten belerussischen Kampfflugzeuge seien schon umgebaut worden, um Atomwaffen transportieren zu können.

Entsprechende Mittelstreckenraketen des Typs Iskander seien ebenfalls bereits in Belarus stationiert.

Demnächst beginnen die Ausbildung des Militärs und ab dem 1. Juli würden auch spezielle Lager für die Atomwaffen im Nachbarland fertiggestellt, sagt Putin.

Es gebe aktuell keine Anzeichen, dass diese Ankündigung auch Taten folgen, entgegnete Gäste an der Vorsitzende des nationalen Sicherheitsrates der USA, John Kirby. Und es gebe auch keine Hinweise, dass Russland taktische Nuklearwaffen in der Ukraine einsetzen wolle.

Aus mehreren EU-Ländern kamen gestern Forderungen, härtere Maßnahmen gegen Belarus zu ergreifen, sollten die Pläne tatsächlich umgesetzt werden.

EU-Außenbeauftragter Josep Borell hat Belarus für diesen Fall mit neuen Sanktionen gedroht.

Beobachter gehen davon aus, dass die Ankündigungen vor allem ein politisches Signal sind.

Die Stationierung von Atomwaffen im Nachbarland solle davon ablenken, dass die russische Armee an der Front in der Ukraine

in den letzten Monaten keine wesentlichen Fortschritte erreichen konnte, sagte deutsche Politikwissenschaftler Maximilian Thehalle.

Putin wolle damit außerdem den Druck auf den Westen erhöhen.

Den tatsächlichen Einsatz von Nuklearwaffen hält Thehalle auch weiterhin für wenige wahrscheinlich.

In Israel hat sich der Streit um die Justizreform noch einmal zugespitzt.

Der Verteidigungsminister hat sich am Wochenende für eine Verschiebung der umstrittenen Reform eingesetzt.

In den Regierungschefen Netanyahu entlassen. Die Reaktion darauf waren erneut Massenproteste im ganzen Land aus Tel Aviv-Berichter Tim Kupall.

Breaking News, die israelischen TV-Send unterbrechen am späten Abend ihr reguläres Programm.

Premierminister Netanyahu entscheidet, Verteidigungsminister Joav Galant zu entlassen.

Bis am Vortag hatte Galant in einer TV-Ansprache einen Stopp der umstrittenen Reform gefordert aus Sicherheitsgründen.

Als Verteidigungsminister des Staates Israel betone ich. Die wachsende Kluft in unserer Gesellschaft trinkt auch in die Armee und unsere Sicherheitsbehörden ein.

Da stellt eine klare, unmittelbare und greifbare Bedrohung für die Sicherheit des Staates dar. Ich werde das nicht zulassen.

Die Nachricht von der Entlassung des Verteidigungsministers wirkt wie ein Dammbbruch 10.000 Menschen strömen spontan auf die Straßen.

Im Heifer Bersheba in Jerusalem, der Demonstrant Roy blockiert mit hunderten anderen die Autobahn in Tel Aviv.

Es reicht, der Verteidigungsminister stellt sich hin und sagt, wir sind in Gefahr und man hört ihm einfach nicht zu.

Das ist unglaublich mit offenen Augen in den Abgrund. Die Polizei setzt Wasserwerfer ein.

Erst in den frühen Morgenstunden wird die Autobahn geräumt.

Eine rote Linie sei überschritten worden, sagen die Chefs der Oppositionspartei Jair Lapid und Benny Ganz.

Gewerkschaften und Universitäten wollen sich jetzt den Protest noch offiziell anschließen.

Ex-Regierungschef Naftali Bennett.

Israel befindet sich in der gefährlichsten Lage seit dem Yom Kippur Krieg 1973.

Der Staat befindet sich in wirklicher Gefahr.

Deswegen rufe ich den Premierminister auf, alles zu stoppen, die Kündigung von Gallant zurückzuziehen und die Reformpläne einzufrieren.

Und Ehud Olmer, Regierungschef von 2006 bis 2009 und später wegen Untreue verurteilt. Diesen Abend wird man nicht vergessen.

Es ist ein Abend riesiger Enttäuschung und einer schweren Schädigung der Fundamente des gesellschaftlichen Zusammenhaltes in Israel.

Und derjenige, der Israel in diese Lage gebracht hat, sollte das Land nicht mehr weiter regieren dürfen.

Netanyahu ist weiter an der Macht. Noch, seine Rechnung Kritiker aus den eigenen Reihen einfach zu feuern, ist nicht aufgegangen.

Der Zorn der Reformgegner ist weit größer, als auch er selbst erwartet hat.

Bis spät in die Nacht führt Premier Netanyahu Krisengespräche mit Mitgliedern seiner rechtsreligiösen Regierung,

mit dabei unter anderem Justizminister Jaref Levine, der Werner Pause der Reform mit Rücktrittot und der Rechtsaußenfinanzminister Bezelels-Motrich.

Stoppt Netanyahu die umstrittene Justizreform, könnte es seine Koalitionsregierung zerreißen.

Stoppt er die Reform nicht, könnte es das Land zerreißen.

Tim Kupal war das. Das Rennen um den Vorsitz bei der SPÖ hat am Wochenende noch einmal ordentlich Fahrt aufgenommen,

dass aus dem Duell zwischen Pamela Rendiwagen und Hans-Peter Doskuzil nichts mehr wird, hat sich ja schon letzte Woche abgezeichnet.

Aber jetzt weiß man auch, dass sich gleich 73 Personen um den Parteivorsitz bewerben.

Heute wird das SPÖ-Präsidium darüber beraten, wie man damit umgehen soll, berichtet Jürgen Pettinger.

Nur vier Frauen und 69 Männer trauen sich zu, den Vorsitz in der SPÖ zu übernehmen.

Namentlich bekannt ist neben Pamela Rendiwagner und Hans-Peter Doskuzil vor allem der 3. Kirchner SPÖ-Bürgermeister Andreas Barbla.

Er wird dem eher linken Parteiflügel zugeordnet und gilt als besonders hemmtseermlich.

Obwohl in der breiten Öffentlichkeit weit weniger bekannt als die amtierende SPÖ-Vorsitzende oder der bürgerländische Landeshauptmann,

hat er zumindest auf Social Media mit seiner Kandidatur für Aufsehen gesorgt, sagt der Kommunikationsexperte Roland Puck.

Seine Communities sind die, die am stärksten wachsen auf allen Plattformen für den Aktiv ist.

Und das eben nicht nur, wie oftmals kommentiert in der linken Twitter-Bubble, sondern durchaus vor allem auch auf Facebook.

In einem Verhältnis ist da seit bekannt gekommen bei seiner Kandidatur mehr los als bei Bundespräsidenten und Bundeskanzler zusammen.

Aussagen über den Wahlausgang lässt eine Social Media-Analyse freilich nicht zu.

Aber sie zeigt, dass mit Barblas Kandidatur Bewegung in die SPÖ gekommen ist.

Man könnte den Schluss daraus sehen, dass mit den beiden Kandidaten vor ihm keine allzu große Euphorie herrscht.

Und also der dritte ist, der jetzt die aufsammelt, die weder den einen noch die andere wollen.

Sagt der Social Media-Experte. Die Namen der restlichen 70 Kandidatinnen und Kandidaten hält die

SPÖ derzeit noch unter Verschluss.

Die Liste soll im Parteipräsidium heute diskutiert werden. Die Bundespartei spitze hält sich grundsätzlich seit dem Wochenende sehr bedeckt.

Der SPÖ-Landesvorsitzende Michael Lindner aus Oberösterreich glaubt nicht, dass am Ende wirklich 73 Personen zur Wahl stehen werden.

Ich glaube, man soll jetzt eine Woche oder zehn Tage Zeit geben und zu sagen, liebe Kandidierende, danke für euer Engagement.

Wir wollen das verbreitern und mit wenigen hundert Unterstützungserklärungen österreichweit seid ihr dabei.

Die Ankündigung einer Mitgliederbefragung über den Parteiforsitz hat nach SPÖ-Angaben zudem einen regelrechten Boom an Partei Eintritten ausgelöst.

9.000 neue Mitglieder sind zuletzt dazugekommen. Insgesamt werden damit etwa 147.000 Personen stimmberechtigt sein.

Nach wochenlangen Verhandlungen haben sich die Regierungsparteien dann doch nicht auf eine Mietpreisbremse einigen können.

Herausgekommen ist eine Wohnkostenhilfe, die insgesamt 250 Millionen Euro kosten wird.

Am Mittwoch wird sie der Nationalrat beschließen.

Es ist also ein Kompromiss herausgekommen, mit dem die Grünen nicht zufrieden sind, weil sie die Mietpreisbremse wollten.

Und in der ÖVP hat man im Gegenzug auf Änderungen bei der Grunderwerbsteuer gehofft. Die kommen jetzt auch nicht.

Kritik daran kommt jetzt von Vorarlberger Landeshauptmann Markus Wallner, berichtet Stefan Kappacher.

Die Grunderwerbsteuerbefreiung mit Blick auf junge Leute ist von Vorarlbergs Landeshauptmann Markus Wallner fassiert worden.

Sein Landsmann Finanzminister Magnus Brunner hat den Punkt von ÖVP-Seite auf den Verhandlungstisch gelegt.

Die Grünen sind darauf eingegangen, wollten aber eine Gegenfinanzierung durch vermögendere Immobilienkäufer.

Bei Immobilien ab einer Million Euro sollte die Grunderwerbsteuer von derzeit 3,5 auf 5 % steigen. Damit sollte die Streichung der Grunderwerbsteuer bis 500.000 Euro gegenfinanziert werden.

Der Deal ist nicht zustande gekommen, dafür eben die Einmalzahlung namens Wohnkostenhilfe, über die der Vorarlberger ÖVP-Chef Wallner kritisch sagt.

Aus meiner Sicht ist das nicht mehr ein Kompromiss herausgekommen, echte Lösung ist das keine. Die Regierung habe dafür sagt, ist die Botschaft.

Ich habe das auch mit dem Bundeskanzler besprochen und habe gesagt, er muss auch damit rechnen, dass diese Forderung aus Vorarlberg aufrecht bleibt.

Und ich gehe auch davon aus, dass sie auch auf wundesebene Weise auf der Tagesordnung bleibt. Wenn es um die konkrete Verantwortung für den Scheitern geht, wird die Argumentation von Markus Wallner interessant.

Er sagt einerseits, ich glaube, es war zu viel Ideologie im Spiel.

Andererseits ordnet Wallner, dass zu viel an Ideologie ausschließlich den Grünen zu, die sein Anliegen der Steuerbefreiung für das erste Eigenheim ja umsetzen wollten.

Aber wie die ÖVP auch, eine Bedingung damit verknüpften.

Warum kann seine Partei nicht über ihren Schatten springen?

Wallner?

Bei der Vermögensbesteuerung war immer klar, ist auch Teil des Regierungsprogramms, die wird nicht eingeführt, auch nicht durch die Hinterdür.

Und im Gegenzug dazu muss man sagen, was malen wir mit jungen Leuten, die Eigentum bilden wollen oder Wohnung sich anschaffen wollen.

Und das ist meiner Meinung nach zu wenig in den Fokus geraten und das wird man noch bitter bereuen.

Vermögenssteuer durch die Hinterdür, da deckt sich das Worthing auf Bundes- und Landesebene wieder 1 zu 1.

Kann Wallner zumindest dem Argument, dass die Vermögenden in der Teuerungskrise mehr tragen könnten und sollten,

wie das auch wie Vorschiff Gabriel Felbermeier vertritt, nichts abgewinnen?

Das ist keine Frage von oben oder unten, sondern eine Frage der Mitte eher.

In den unteren Einkommensgruppen wird im Moment sehr vieles auch geleistet, da hat der Steuerreform stattgefunden.

Da gibt es viele Transferzahlungen.

Auch das, was jetzt kommt, wird auch eher in den unteren Bereich gehen.

Der Mittelstand also. Und die Jungen mit wenig Einkommen und die Immobilienmillionäre mit großen Vermögen.

Das Herz der Volkspartei schlägt einfach für alle.

In Wien findet von heute bis Mittwoch eine internationale Erdgaskonferenz statt, was lange Jahre kaum eine Meldung wert war, bekommt heuer deutlich mehr Aufmerksamkeit. Den Umweltorganisationen und Wissenschaftlern nehmen die Konferenz zum Anlass, um Erdgas als schädliche Energiequelle zu kritisieren.

Am Wochenende hat es auch schon Proteste gegeben und auch für heute sind weitere Proteste geplant.

Nadja Hahn.

Früher haben sich auf dieser Gaskonferenz Vertreter der russischen Gaswirtschaft mit anderen europäischen Vertretern getroffen, sagt Energieexperte Walter Bolz.

Bolz, der auch das Klimaministerium berät, war schon oft auf dieser Konferenz, die immer in Wien ist.

Heuer gehe es um die Frage, wie man ohne russisches Gas auskomme und daher geht es um folgende Themen.

Wie den Flüssiggas in Europa genutzt wird, gekauft wird, von wem, unter welchen Rahmenbedingungen

und der zweite Tag befasst sich vor allem damit, welche Stellung Erdgas denn überhaupt noch im Energiemix haben wird in den nächsten Jahrzehnten.

Und am dritten Tag geht es um grünen Wasserstoff.

Wie rasch kann man grünen Wasserstoff entwickeln?

Die UMV ist seit Jahren Sponsor der Konferenz auch heuer wieder, betont aber, dass sie nicht Gastgeber ist.

Organisiert wird die Konferenz vom European Energy Council,

eine Organisation, die Industrie und Investoren zusammenbringt.
Deals würden dort nicht gemacht, sagt Bolz.
Die Wirtschaftskammer wird auch nicht vertreten sein,
sagt der Repräsentant der österreichischen Gas- und Wärmebranche Michael Mock.
Wir sind nicht dabei, weil uns ehrlich gesagt die Konferenz nicht besonders bedeutsam erscheint
und die Teilnehmerbeiträge ehrlich gesagt zu teuer sind.
Wissenschaftler und Umweltorganisationen sind dennoch alarmiert.
Klimaforscherin Helga Komp-Kolb will mit mehreren Wissenschaftlern protestieren.
Es ist eigentlich weniger gegen die Konferenz als eigentlich ein Aufruf an die Politik,
dass sie versteht, dass Gas eben kein klimafreundlicher Alternative ist.
Seit vielen Jahren wird propagiert, dass Gas CO₂-neutral sei, das stimmt einfach nicht.
Und wenn sozusagen die Konferenz dazu dient, die Zukunftsfähigkeit des Gases zu erhöhen,
dann heißt das, dass man im Grunde genommen weiter Gas festhalten möchte
und das womöglich noch ausbauen möchte.
Und dagegen muss man sich aus wissenschaftlicher Sicht wenden.
Auch Jasmin Durega von Greenpeace sagt.
Es muss eigentlich darum gehen, wie wir von Gas wegkommen und nicht wie wir es weiter
ausbauen.
Es ist ein absoluter Schmäh, dass Gas irgendwie auch nur klimafreundlich wäre
und wir wissen, wenn wir heute in Gasinfrastruktur investieren,
dann muss die Gasinfrastruktur natürlich auch den nächsten Jahrzehnten im Laufen gehalten
werden,
damit es sich überhaupt trendiert.
Walter Bolz sieht die Proteste skeptisch.
Dort wird nicht darüber entschieden, ob es mehr oder weniger Gas gibt.
Dort wird darüber berichtet, dass es jetzt mehr gibt oder jetzt weniger gibt.
Also den Marktanalysen zu bestreiten ist vielleicht ein bisschen eine symbolische Geste,
aber hat jetzt nicht wirklich einen nennenswerten Einfluss auf die tatsächlich wichtigen
Entscheidungen.
So der Energieexperte.
Wir bleiben noch beim Thema Klimaschutz.
Gehen jetzt aber nach Berlin, wo gestern eine Volksabstimmung stattgefunden hat.
Die Initiatoren haben dafür geworben, das Ziel der Klimaneutralität
bereits im Jahr 2030 gesetzlich verpflichtend zu erreichen.
Doch das Vorhaben ist gescheitert, berichtet aus Berlin Andreas Pfeiffer.
Dass Berlin seinerzeit einmal voraus ist und das Ziel der Klimaneutralität
bereits 15 Jahre früher erreicht als ganz Deutschland, wäre eine Überraschung gewesen.
Sie wird nicht eintreten.
Mit 50,9% haben die Befürworter des ökologischen Vorbrechens zwar eine knappe Mehrheit erzielt.
Dennoch fehlten zum nötigen Quorum fast 166.000 Stimmen.
Eine unerwartet klare Niederlage für die Initiatoren.
Deren Sprecher Stefan Zimmer sieht die Zukunft dennoch etwas grün.
Wir sind auf jeden Fall stolz auf das, was wir geschafft haben.
Wir haben jetzt das Zustimmungsquorum nicht geschafft, aber wir haben auf jeden Fall eine

Diskursverschiebung hinbekommen.

In den letzten Wochen und Monaten wurde in Berlin ganz konkret darüber gesprochen und diskutiert, wie können wir diese Stadt wirklich in den nächsten Jahren klimaneutral machen. Die unterschiedlichsten zivilgesellschaftlichen, wirtschaftlichen, kulturellen Akteure haben sich dazu geäußert,

haben angefangen Pläne aufzustellen.

Weil eine gesetzliche Verpflichtung den Berliner Staatssenat um rund 100 nicht vorhandener Milliarden Euro erleichtert hätte,

hatte er sich gegen das Vorhaben ausgesprochen.

Ohnehin muss die Politik nach den Wiederholungswahlen vom 12. Februar erst einmal versuchen, eine neue, große Koalition unter der Führung der CDU zu zimmern.

Deren Generalsekretär Stefan Evers verspricht allerdings, dass Berlin den Klimaschutz auch nach dieser Abstimmung beherzigen wird.

Wir stellen jetzt in einem ersten Schritt für dieses Sondervermögen Klimaschutz,

Resilienz, Resilienz, Transformation, 5 Milliarden Euro bereit.

Das ist eine historische Kraftanstrengung.

Und damit haben wir, glaube ich, bundesweit auch ein Beispiel gegeben, das einmalig ist und dem vielleicht auch andere Folgen.

Deutschland hat sich vorgenommen, die vollständige Emissionsfreiheit 2045 zu erreichen.

Bis dahin will es die Hauptstadt jedenfalls auch schaffen, wie wohl das für viele Berlinerinnen keine kleine Überraschung wäre.

Kultur jetzt im Morgenjournal und wir gehen dabei zurück in die Geschichte.

Ende des 18. Jahrhunderts war nämlich der Autor Christoph Martin Wieland, ein Bestsellerauto, wie man heute sagen würde,

aber nur wenige Jahrzehnte später sind dann seine Bücher in den Regalen verstaubt.

Dabei hat Wieland die deutsche Literatur und OPA revolutioniert und sogar Napoleon getroffen.

Wie es dazu gekommen ist, das kann man jetzt in einer Biografie nachlesen.

Geschrieben hat sie der deutsche Literaturwissenschaftler Jan Philipp Rehmzmar und Wolfgang Popp berichtet.

Die Stoffe, die sich Christoph Martin Wieland vornahm, waren nicht neu, das waren antike Mütten oder mittelalterliche Rittersagen.

Was aus ihnen herausholt, machte Wieland allerdings zum Bestsellerautor.

Anfangs gab es bei der Erleserschaft zwar noch ein gewisses Befremden wegen des bisweilen schlüpfri-gloss-ziefen Tonfalls,

der war aber eingebettet in eine vorher nicht dargewiesene Musikalität der Sprache.

Wielands Feder scheint gleichzeitig auch die Regentenstab gewesen zu sein.

Jan Philipp Rehmzmar.

Wie so ein musikalisches Wunderkind, das ein Klavier sieht und schon gleich weiß, was es damit machen muss.

So war es Wieland, der von klein auf Ferse machte.

Heute am bekanntesten sind Wielands Dichtungen der Idris etwa oder die Wehrsnovelle Musarion oder die Philosophie der Grazien.

Seine Popularität führte schließlich zum Beruf an den Hof von Weimar noch vor Goethe, Schiller und Herder.

Dort wurde er zum Lehrer des zukünftigen Herzogskal August, erfand eine neue Form der Oper und brachte mit dem deutschen Merkur eine einflussreiche Zeitschrift heraus.

Fragen der Grammatik werden erörtert.

Die Frage wird in Deutschland die Telegraphie zu reichend gefördert.

Oder Fragen des Impfens. Damals waren es die Pocken. Und es gibt einen Aufsatz über Impfdurchbrüche.

Zentral war auch die politische Berichterstattung besonders relevant, wurde der Deutsche Merkur als sich 1789 in Paris mit dem Sturm auf die Bastille die Ereignisse überschlugen.

Wieland nutzte seine Herausgeberschaft, um sein Publikum über die Ereignisse, in Paris, sprich die französische Revolution, auf dem Laufenden zu halten.

Das Ziel war ein Publikum urteilsfähig zu machen, nicht ihm dieses oder jedes Urteil nahezubringen, sondern es zu schulen, selber nachzudenken.

Wieland erkannte schon früh, dass Napoleon sich zum Alleinherrscher aufschwingen könnte. Später, Wieland war damals bereits jenseits der 70, kam es sogar zu einem Treffen mit dem Franzosen.

Wieland ist in Weimar, Napoleon auch begegnet und hat sich eine Stunde mit ihm unterhalten.

War allerdings nicht so beeindruckt von Napoleon, wie man hätte vielleicht sein können.

Da stellt sich die Frage, wie ein Mann wie Christoph Martin Wieland, der nicht nur als Schriftsteller, sondern auch als politisch wacher Beobachter derart im Zentrum des Geschehens stand, so schnell an Bedeutung verlieren konnte.

Jan-Philipp Rehmzmar?

Wieland war kein Patriot, er war überhaupt kein Nationalist.

Er war für das, was im 19. Jahrhundert von Bedeutung war, nicht zu gebrauchen.

Und er war kein Theaterautor, man konnte also nicht aus einer Wieland-Premiere kommen.

Die Erfindung der modernen deutschen Literatur lautet der Untertitel von Jan-Philipp Rehmzmar's Wieland-Biographie.

Und Rehmzmar widmet mit dem genauen Lesen des Werks auch große Teile seines 700-Seiten starken Buchs.

Das Rehmzmar nicht nur ein Jahrzehntelanger, sondern auch leidenschaftlicher Wieland-Känner ist, das sorgt für eine mitreißende Lektüre.

Dazu kommt das Rehmzmar einen anderen Wieland-Fan, den Schelm Arno Schmid mit ihm gepäckert.

Vor zehn Jahren ist der Werkraum in Andelsbuch in Vorarlberger eröffnet worden, ein Haus für das Handwerk des Prägenzer Walz, geplant vom bekannten Schweizer Architekten Peter Zumthor.

Zum Jubiläum kehrt der Architekt zurück und präsentiert dort 40 riesige zum Teil noch nie gezeigte Modelllandschaften seiner Gebäude.

Carina Hielck berichtet.

Die Modelle aus dem Atelier Peter Zumthor sind einzigartig, es sind vorweggenommene Wirklichkeiten,

Material und Form gewordene Ideen.

Mit ihnen werden Überlegungen in den Raum übersetzt, mit ihnen wird gearbeitet, sie werden gedreht gewendet, verändert.

Für Zumthor selbst sind sie Werkzeuge.

Ich arbeite vielleicht mehr wie ein Künstler, der mit dem Material gestaltet, nicht mit absackten Linien,

wenn ich da nachher hingehere und schaue, wie ich es auch schaue, sehr konkret, haptisch.

Damals als Kind in der Schreinerwerkstatt des Vaters sei die Zeichnung das Mittel zum Entwerfen gewesen.

Doch für seine Gebäude zieht Zumthor das Modell vor, denn die Zeichnung erzähle einem nichts, von Verhältnissen oder dem Ort.

Ich mache die Landschaft bis sie typisch da ist.

Man spürt den Glanz, das Licht, Schatten und dann erst kann ich dann das machen, was ich der Landschaft hinzufügen will.

Das will ich jetzt in diesem Falle sein und das brauche ich.

Der Großteil der Modelle stammt aus der Sammlung des Kunsthaus Pragens.

Dort im ersten Gebäude des Zumthor in Vorarlberg plante, wurden seine Modelle immer wieder präsentiert, zuletzt vor zehn Jahren.

Nun ist das Werkraumhaus, das Haus für die Handwerksvereine des Prägenzerwalds, idealer Präsentationsraum für die gebauten Entwürfe.

Sie sind handwerklich gebaut und insofern auch handwerklich gedachte Räume.

Sackt Renate Bräus, Co-Kuratorin der Ausstellung und bis 2016 Leiterin des Werkraumhauses.

Manche der Modelle sind riesig oder in riesige, fast zimmergroße Landschaften gebettet, wie etwa jenes für ein Minenmuseum in Norwegen.

Quaderförmige Gebäude auf dünnen Hölzern in Stelzen finden sich an den Abbruchkanten der schwarz-grauen Minenlandschaft.

Das Modell für ein Teehaus in Südkorea besteht aus präzise übereinandergestapelten Holzlatten. Blühende Bäume in rot-gelb geben dem Blick auf das Gebäudemodell allerdings nur zögerlich frei.

Der, die Betrachterin, muss sich um die in Augenhöhe platzierte Landschaft herum bewegen.

Minifigürchen aus der Modellbauwelt stehen am Rand und machen Verhältnisse klar.

Andere Modelle zeigen Gebäudeentwürfe in unterschiedlichen Varianten, wie etwa jene für das Hexenbahnmal in Norwegen.

Bisweilen ist es überhaupt einem Modell zu verdanken, dass Projekte umgesetzt werden,

dass OK zum einst noch umstrittenen Kunsthaus-Bregensbau sei etwa erst gekommen, als die damals verantwortlichen Landesräte

ihre Köpfe ins supergroße Zumtormodell gesteckt hätten.

Das ist mit ein wichtiger Punkt, dass man natürlich Auftraggeber oder Auftraggeberinnen mit Modellen,

das hat eben mit diesem Aufbau einer Vorstellung zu tun, besser überzeugen kann.

Eines der zentralen Modelle in der Ausstellung ist jenes für das Werkraumhaus selbst.

Es ist gleichzeitig ein Ansichtsentwurf für die Ausstellung.

Der große Saal im Kleinen bestückt mit Modellen der Modelle.

Zu sehen sind sie alle bis Mitte September.

Die Mählung hat jetzt Julia Wötzingler.

In Deutschland hat ein Landesweiterverkehrsstreik begonnen.

Die Gewerkschaften wollen in den Lohnverhandlungen den Druck erhöhen.

Der Streik hat auch Folgen für Österreich viele Flugverbindungen mit Deutschland fallen aus.

Die Zugreisen über das Deutsche Eck ist ein Pendelverkehr eingerichtet.
Reisende brauchen bis zu 3 Stunden länger.
Auch der Nahverkehr in Oberösterreich Salzburg, Tirol und Vardelberg ist betroffen.
Der Streik dauert bis Mitternacht.
Israels Präsident Jitzzer Kerzog hat die Regierung vor kurzem aufgefordert,
die umstrittene Justizreform zu stoppen.
Wie die Jerusalem Post berichtet, hat Regierung Chef Netanyahu in der Nacht mit
Ministern seines Kabinetts über einen möglichen Reformstopp beraten.
Abend hat Netanyahu Verteidigungsminister Garland entlassen,
nachdem dieser gefordert hatte, das Gesetzgebungsverfahren für die Reform zu unterbrechen.
Zehntausende haben in der Nacht gegen die Entlassung Garlands demonstriert.
Angesichts der Massenproteste gegen die Pensionsreform in Frankreich kündigt
Premierministerin Elisabeth Born Gespräche an.
Anfang April will sie führende Oppositionspolitiker, Vertreter der Regierungsparteien
und der Gemeinden treffen, um das Land zu beruhigen, wie sie sagt.
Sie sei zu treffen mit allen Sozialpartnern bereit.
Für morgen ist erneut ein landesweiter Protester geplant.
Die schottische Nationalpartei gibt heute bekannt, wer der scheidenden Partei
und Regierungschefin Nicola Sturgeon nachfolgt.
Die Parteimitglieder können noch bis Mittag abstimmen.
Zwei Kandidatinnen und ein Kandidat hatten sich um das Amt beworben.
Alle hatten angekündigt, die Unabhängigkeit Schottlands
vom Vereinigten Königreich voranzutreiben.
In Berlin beraten die Spitzen der Ampelkoalition seit den Abendstunden
über strittige Fragen.
Bei dem Treffen im Kanzleramt geht es etwa um den Ausbau von Autobahnen
oder die Pläne zum Tausch von Öl- und Gasheizungen.
Der Ton in der Koalition aus SPD, FDP und Grünen ist zuletzt rauer geworden.
Kritisch bleibt die Lage in der ukrainischen Stadt,
auf die Yevga in der Region Donetsk.
Die Bewohnerinnen und Bewohner sind aufgerufen, die Stadt zu verlassen.
Der Chef der ukrainischen Militärverwaltung teilt zu dem mit der Mobilfunk,
werde abgeschaltet, da es in der Stadt Spitzel der russischen Besatzer gebe.
Gestern berichtet die Ukraine von russischen Angriffen auf zwei Hochhäuser.
Wir werfen noch einen Blick auf das Wetter, Kälte und Sturm,
dazu besonders in und rund um die Nordalpen Schneefall bis in die Täler.
Sonst anfangs ein paar Schauer und am Nachmittag auch Sonnenfenster.
Höchstwerte meist 1 bis 10 Grad.
Das war das Morgen schon all um 7, wir melden uns wieder um 8 Uhr.
Und jetzt ist wieder Sonja Watzka am Ort.
Und ich sage, guten Morgen am Montag, 7 Uhr, 33,
mittel-europäische Sommerzeit.
Wer die fehlende Stunde Schlaf von gestern noch vermisst,
muss sie halt mit einer entsprechenden Menge Kaffee wieder ausgleichen

oder die Musik im Radio einfach doppelt so laut aufdrehen.

Hierfür sie ein recht passabler Wachmacher.

Wachmacher, was ist das?

Wachmacher, was ist das?

Copyright WDR 2020